



## **Abschiebungswahn stoppen!**

Das Jahr 2021 hat mit einigen politischen Missständen begonnen. Diverse Abschiebungen bei jungen Personen und Kindern, haben medial großes Entsetzen und großen Widerstand geweckt. Der türkis-grünen Bundesregierung ist das aber zu egal, um tatsächlich was zu ändern. Einzelne Regierungsmitglieder drückten ihr "Beileid" und ihre Ablehnung auf Social Media oder auf Kundgebungen aus, aber in den Sitzungssälen, in denen jene politischen Entscheidungen getroffen werden, die diese grausamen Abschiebungen stoppen könnten, tat sich bisher nichts. Diese Doppelmoral muss aufgezeigt und aufgehoben werden.

Seit Januar 2021 haben laut einer Statistik des "Fonds Soziales Wien" der Stadt Wien 2.844 Personen einen Asylbescheid bekommen. Lediglich 28% der Bescheide sind positiv und bekommen subsidiären Schutz in Österreich. Die klare Mehrheit der Bescheide, nämlich 59%, sind negativ ausgefallen. Wenn man sich Statistiken zu den vergangenen Jahren anschaut, dann wird dieses Verhältnis über das gesamte Jahr hinweg entweder so bleiben oder sogar noch negativer ausfallen. 2020 wurden 64% der Asylanträgen negativ entschieden, 2019 waren es ebenfalls 63%. Diese Zahlen zeigen eine Unverhältnismäßigkeit zwischen positiven und negativen Bescheiden auf, die kontinuierlich dazu führt, dass Asylsuchende unter katastrophalen Bedingungen weiter leiden müssen.

Jene unmenschlichen Abschiebungen sind ein Symptom einer neoliberalen EU und eines neoliberalen Österreichs. Wir dürfen diese unfairen Missstände nicht ignorieren. Diese Regierung braucht politische und zivilgesellschaftliche Kontrolle. Gegen diesen Abschiebungswahn braucht es lauten Widerstand. Dabei ist egal, ob es sich um "gut integrierte" Kinder, die "fließend Deutsch sprechen" geht, oder um wen anderen. Asyl darf keine Leistungsbestätigung oder ein Sprachzertifikat sein - Asyl muss ein Menschenrecht für ausnahmslos alle sein.

### **Die ÖH-Bundesvertretung möge daher beschließen:**

- Die Österreichische Hochschüler\_innenschaft kritisiert die hohe Abschiebungsrate bei österreichischen Asylverfahren.
- Die Österreichische Hochschüler\_innenschaft setzt sich verstärkt für ein Bleiberecht für Schüler\_innen, Lehrlinge, Student\_innen und deren Familien ein. Im Zuge dessen solidarisiert die Österreichische Hochschüler\_innenschaft sich in der Öffentlichkeit und Öffentlichkeitsarbeit mit etwaigen Protestbewegungen, politischen Kundgebungen und Betroffenen.
- Das Referat für Sozialpolitik wird dazu beauftragt, im Sommersemester 2021 eine öffentliche Online-Veranstaltung der ÖH mit Expert\_innen und Betroffenen zu organisieren, die auf allen Social Media Kanälen, sowie im Newsletter der ÖH beworben werden muss.